

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der 45. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Hauptausschusses am 20.08.2008**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Wappensaal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 16:00 Uhr bis 18:10 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### **Anwesend sind:**

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados	OB	
Herr Harald Bartl	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Frau Isa Weiß	CDU	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	in Vertretung für Herrn Rudenz Schramm
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Frau Hanna Haupt	SPD	in Vertretung für Herrn Gottfried Koehn
Herr Johannes Krause	SPD	
Frau Brigitte Thieme	GRAUE	
Frau Thea Ilse	WIR. FÜR HALLE.	
Herr Tom Wolter	MitBürger	
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	in Vertretung für Herrn Prof. Dr. Dieter Schuh
Herr Dr. Thomas Pohlack	Bürgermeister	
Herr Egbert Geier	BG	
Herr Dr. Bernd Wiegand	BG	
Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt	BG	
Herr Wolfram Neumann	BG	
Herr Steffen Drenkelfuß	Verw	
Herr Thomas Willecke	Verw	
Frau Kerstin Ruhl-Herpertz	Verw	
Frau Dorit Schmidt	Verw	
Frau Annemarie Kraft	Verw	

### **Gäste:**

Herr Ralf Borries	Verw
Herr Waldemar Roesler	Verw
Frau Katharina Brederlow	Verw

### **Entschuldigt fehlen:**

Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.
Herr Rudenz Schramm	DIE LINKE.
Herr Gottfried Koehn	SPD
Herr Prof. Dr. Dieter Schuh	UNABHÄNGIGE

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die 45. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde von Frau Oberbürgermeisterin Szabados eröffnet und geleitet.

Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat darum, folgende Tagesordnungspunkte abzusetzen:

- TOP 5.2. Außerdienststellung Friedhof Halle-Neustadt  
Vorlage: IV/2008/07314  
gleiche Voten in den Fachausschüssen
- TOP 5.3. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Halle (Saale) für das Konservatorium "Georg Friedrich Händel"  
Vorlage: IV/2008/07365  
gleiche Voten in den Fachausschüssen
- TOP 5.4. Übertragung des Objektes Schafschwingelweg 13 als Kindertagesstätte an die SKV Kita gGmbH  
Vorlage: IV/2008/07206  
gleiche Voten in den Fachausschüssen
- TOP 6.1. Antrag von Stadträtinnen und Stadträten des Bildungsausschusses zur Fortschreibung und Präzisierung des Beschlusses zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung (MitSEPL-VO) in der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 - für das Schuljahr 2008/09  
Punkt 1.2. Befristeter Standortwechsel der Sekundarschule Zeitzer Straße  
Vorlage: IV/2008/07332  
gleiche Voten in den Fachausschüssen

Darüber hinaus wurden die Mitglieder des Hauptausschusses informiert, dass zum TOP 5.1 ein Ergänzungsantrag der Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE vorliegt.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung gab es nicht.

**Abstimmungsergebnis: zugestimmt**

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung

3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 18.06.2008
4. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Vorlagen
  - 5.1. Beschluss über die Fortsetzung der Fördermaßnahme "Soziale Stadt" Halle-Neustadt  
Vorlage: IV/2008/07261
    - 5.1.1. Ergänzungsantrag der Stadträte Wolff/Schuh Fraktion NEUES FORUM+ UNABHÄNGIGE zur Beschlussvorlage VI/2008/07261 Beschluss über die Fortsetzung der Fördermaßnahme "Soziale Stadt" Halle Neustadt  
Vorlage: IV/2008/07427
    - 5.1.2. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) - zum Beschluss über die Fortsetzung der Fördermaßnahme "Soziale Stadt" Halle-Neustadt (Vorlagen-Nr.: IV/2008/07261)  
Vorlage: IV/2008/07435 während der Sitzung gestellt
    - 5.1.3. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) - zum Beschluss über die Fortsetzung der Fördermaßnahme "Soziale Stadt" Halle-Neustadt (Vorlagen-Nr. IV/2008/07261)  
Vorlage: IV/2008/07437 während der Sitzung gestellt
  - 5.2. *Außerdienststellung Friedhof Halle-Neustadt*  
Vorlage: IV/2008/07314 *abgesetzt*
  - 5.3. *Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Halle (Saale) für das Konservatorium "Georg Friedrich Händel"*  
Vorlage: IV/2008/07365 *abgesetzt*
  - 5.4. *Übertragung des Objektes Schafschwingelweg 13 als Kindertagesstätte an die SKV Kita gGmbH*  
Vorlage: IV/2008/07206 *abgesetzt*
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  - 6.1. *Antrag von Stadträtinnen und Stadträten des Bildungsausschusses zur Fortschreibung und Präzisierung des Beschlusses zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung (MitSEPL-VO) in der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 - für das Schuljahr 2008/09*  
*Punkt 1.2. Befristeter Standortwechsel der Sekundarschule Zeitzer Straße*  
Vorlage: IV/2008/07332 *abgesetzt*
  - 6.2. Antrag der CDU-Fraktion zur Wiederaufnahme des Planfeststellungsverfahrens zum Bau der BAB 143  
Vorlage: IV/2008/07052
7. schriftliche Anfragen von Stadträten
8. Mitteilungen
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

### **zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 18.06.2008**

---

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, bat darum, seine Ausführungen auf Seite 13 der Niederschrift der Hauptausschusssitzung vom 18. Juni 2008 zum Vermögenshaushalt der Stadt Erfurt für die Instandhaltung und Baumaßnahmen von Straßen wie folgt zu ändern:

„...Als Beispiel nannte Herr Bönisch die Stadt Erfurt, die einen Bedarf von 400 Mio. € für die Instandhaltung und Baumaßnahmen von Straßen ermittelt hat...“

Weitere Anmerkungen zur Niederschrift der 44. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 18. Juni 2008 gab es nicht.

**Die Mitglieder des Hauptausschusses genehmigten ohne förmliche Abstimmung die geänderte Niederschrift der 44. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 18.06.2008.**

### **zu 4 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

---

Es lagen keine gefassten nicht öffentliche Beschlüsse vor.

### **zu 5 Vorlagen**

**zu 5.1 Beschluss über die Fortsetzung der Fördermaßnahme "Soziale Stadt" Halle-Neustadt  
Vorlage: IV/2008/07261**

**zu 5.1.1 Ergänzungsantrag der Stadträte Wolff/Schuh Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE zur Beschlussvorlage VI/2008/07261  
Beschluss über die Fortsetzung der Fördermaßnahme "Soziale Stadt" Halle Neustadt  
Vorlage: IV/2008/07427**

**zu 5.1.2 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) - zum Beschluss über die Fortsetzung der Fördermaßnahme "Soziale Stadt" Halle-Neustadt (Vorlagen-Nr.: IV/2008/07261)  
Vorlage: IV/2008/07435**

**zu 5.1.3 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) - zum Beschluss über die Fortsetzung der Fördermaßnahme "Soziale Stadt" Halle-Neustadt (Vorlagen-Nr. IV/2008/07261)  
Vorlage: IV/2008/07437**

---

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** teilte mit, dass diese Beschlussvorlage bisher im Jugendhilfeausschuss, im Ausschuss für Planungsangelegenheiten und im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss behandelt wurde. In den beiden letztgenannten Ausschüssen wurde der Ergänzungsantrag der Stadträte Wolff/Schuh zum Ausschreibungsverfahren diskutiert. Nach nochmaliger Überprüfung sei die Verwaltung zu dem Ergebnis gekommen, dass der Ergänzungsantrag in dieser Form nicht erforderlich ist, weil es ohnehin zwingende Vorschriften sei, diese Leistung auszuschreiben. Dies ergebe sich aus dem Vertragsrecht und dem Vertrag mit der SPI, der am 31.12.2008 ausläuft.

Es gebe aber die Möglichkeit, so Herr Bürgermeister Dr. Pohlack weiter, auf die Ausschreibung zu verzichten und einen Folgevertrag zu vereinbaren, wenn ein eindeutiger politischer Wille zustande kommt. Bei städtebaulichen Begleitverträgen oder Stadtgebietsmanagementmaßnahmen sei es üblich, aus Kontinuitätsgründen einen Vertrag fortzusetzen, weil sich im Laufe der Jahre auch eine sehr enge Beziehung zwischen dem Vertragspartner und - in diesem Fall - den Bewohnern entwickelt hat.

Hinsichtlich der Diskussionen im Ausschuss für Planungsangelegenheiten, die Beschlusspunkte 2 und 3 herauszunehmen, wies er ausdrücklich darauf hin, dass gemäß Beschlusspunkt 5 jede einzelne Maßnahme einer gesonderten Vorbereitung und einer gesonderten einzelnen Beschlussfassung bedarf. Der Beschlusspunkt 3 sei insofern wichtig, um weiterhin von der Fördermöglichkeit profitieren zu können. Ein Beschluss ohne den Punkt zum integrierten Stadtentwicklungskonzept würde nicht ausreichen, um in dem Förderprogramm weiterhin aufgenommen zu bleiben. Das ergebe sich aus dem Baugesetzbuch, in dem dies zur zwingenden Voraussetzung für eine Förderung genannt wird.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.**, merkte an, dass seiner Auffassung nach der anhängende Maßnahmenkatalog an vielen Stellen nicht fundiert sei. Deshalb würde er die Punkte, die den Maßnahmenkatalog betreffen, einen Monat zurückstellen, um diese ausführlich besprechen zu können und evtl. weitere Vorschläge einzubringen. Er habe nach den jetzigen Ausführungen von Herrn Dr. Pohlack nämlich Zweifel, dass dies im Nachhinein noch möglich sei.

Bezüglich der Ausschreibung hielt er es für sinnvoll, darauf zu verzichten. Seine Fraktion sei für Kontinuität und der Meinung, dass dieses Projekt von den Personen weiter betreut werden sollte, die in den letzten Jahren gute Arbeit geleistet sowie Verbindungen und Beziehungen hergestellt haben.

**Herr Dr. Meerheim stellte nachfolgende Änderungsanträge:**

**Der Beschluss über die Fortsetzung der Fördermaßnahme „Soziale Stadt“ Halle-Neustadt (Vorlagen-Nr.: IV/2008/07261) wird heute abgesetzt und im nächsten Monat entschieden.**

**Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Vertrag mit der SPI – Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft mbH Quartiersmanagement Halle-Neustadt zu verlängern.**

**Herr Wolter, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., Herr Bönisch, CDU-Fraktion, und Frau Ewert, SPD-Fraktion, beteiligten sich an der weiteren Diskussion.**

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** machte deutlich, dass die Verwaltung aus den Diskussionen in den Ausschüssen entnommen habe, dass die Mehrheit eine Ausschreibung wünscht und diesem politischen Willen habe sie sich angeschlossen. Deshalb werde von der Verwaltung eine Ausschreibung vorbereitet.

Bezogen auf die Ausführungen von Herrn Dr. Meerheim betonte sie, dass der beigefügte Maßnahmenkatalog eine Ideensammlung sei. Für welche Maßnahmen man sich letztendlich entscheidet, müsse im Einzelnen diskutiert werden. Man könne auch noch andere Maßnahmen hinzufügen.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** machte auf den Begriff „Handlungsrahmen“ aufmerksam. Dieser sagt aus, welches Maß an Verbindlichkeit dieses Handlungskonzept habe. Das Handlungskonzept habe nur einen formellen Charakter, man sei rechtlich daran nicht gebunden. Bedingung sei nur, dass alle Maßnahmen dem Ziel zur Entwicklung der sozialen Verhältnisse dienen. Deshalb werde ganz bewusst ein Rahmen vorgegeben, der das zukünftige Handeln darstellen soll, aber unter Berücksichtigung des vorgenannten Zieles durch andere Maßnahmen ersetzt werden kann. Aus diesem Grund ist unter Beschlusspunkt 5 ausdrücklich formuliert, dass jede Einzelmaßnahme einer Einzelbeschlussfassung bedarf.

Momentan bestünde auch nicht die Notwendigkeit bzw. Möglichkeit, so Herr Bürgermeister Dr. Pohlack weiter, sich über einen abgeschlossenen Maßnahmenkatalog zu verständigen, weil sich die Rahmenbedingungen in dem Zeitraum bis zum Jahr 2011 an der einen oder anderen Stelle drastisch ändern können.

Auf Nachfrage von Herrn Bönisch wies Herr Bürgermeister Dr. Pohlack darauf hin, dass das Quartiersmanagement sehr intensiv mit der Verwaltung zusammen arbeitet, sowohl mit dem Stadtteilbüro, aber z. B. auch mit dem Stadtplanungsamt, wenn es um Stadtumbau-maßnahmen geht. Das seien die Maßnahmen, die in dem Katalog vorgeschlagen sind. Diese sind zum Teil Reaktion auf die demografischen und städtebaulichen Veränderungen, die sich infolge dessen in Halle-Neustadt vollziehen.

Auf weitere Nachfragen von Herrn Dr. Meerheim bestätigte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** die Ausführungen von Herrn Bürgermeister Dr. Pohlack, dass das beigefügte Handlungskonzept als Handlungsrahmen beschlossen werde. Jede Einzelmaßnahme wird den Stadtratsmitgliedern zur Beschlussfassung vorgelegt. Das müsse nicht in jedem Fall eine Maßnahme sein, die in dem Katalog aufgeführt ist, das können auch andere Maßnahmen sein, die den Kriterien „Soziale Stadt“ entsprechen.

**Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE.**, wies darauf hin, dass man eine Prioritätenliste der Einzelmaßnahmen erstellen sollte.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** erwiderte, dass das ohnehin der nächste Arbeitsschritt wäre. Aus dem vorliegenden Handlungskonzept werden Prioritäten festgelegt und bestimmte Einzelmaßnahmen finanziell untersetzt. Er stellte allerdings auch klar, dass die in Aussicht stehenden Fördermittel nicht ausreichen werden, um auch nur mehr als die Hälfte dieses Maßnahmenkataloges wirklich zu erreichen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** fügte hinzu, dass die Verwaltung den Fraktionen vor Beschlussfassung der ersten Einzelmaßnahme eine Prioritätenliste der Maßnahmen vorlegen werde.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, bemerkte, dass das Handlungskonzept durch SPI erstellt worden ist. Er fragte, ob es bei einer Ausschreibung vergaberechtlich korrekt sei, wenn sich SPI für die Umsetzung des eigenen Konzeptes bewirbt.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** klärte auf, dass der vorliegende Vorgang strukturell nicht zu vergleichen sei mit einer Vergabe im Bereich von baulichen Investitionen. Dort sei es in der Tat so, dass derjenige, der die Ausschreibung vorbereitet, dann nicht gleichzeitig derjenige sein kann, an den der Bauauftrag vergeben wird. Im vorliegenden Fall bewege man sich in einem Bereich von Leistungen und Honorarordnung, wo man durchaus einen Partner seines Vertrauens suchen muss und kann. Dass SPI dieses Handlungskonzept erstellt hat, hänge damit zusammen, dass sie bis zum 31. Dezember 2008 für die Stadt im Auftragsverhältnis stehen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat um Abstimmung der Änderungsanträge:

**zu 5.1.2 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) - zum Beschluss über die Fortsetzung der Fördermaßnahme "Soziale Stadt" Halle-Neustadt (Vorlagen-Nr.: IV/2008/07261)  
Vorlage: IV/2008/07435**

---

**Beschlussvorschlag:**

Der Beschluss über die Fortsetzung der Fördermaßnahme „Soziale Stadt“ Halle-Neustadt (Vorlagen-Nr.: IV/2008/07261) wird heute abgesetzt und im nächsten Monat entschieden.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich abgelehnt  
7 Ja-Stimmen  
8 Nein-Stimmen**

**zu 5.1.1 Ergänzungsantrag der Stadträte Wolff/Schuh Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE zur Beschlussvorlage VI/2008/07261  
Beschluss über die Fortsetzung der Fördermaßnahme "Soziale Stadt" Halle Neustadt  
Vorlage: IV/2008/07427**

---

**Beschlussvorschlag:**

Der Beschlusspunkt 6 der Vorlage wird wie folgt ergänzt:  
Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Maßnahme „Fortsetzung des Quartiersmanagements bis 31.12.2011“ im Ausschreibungsverfahren zu vergeben.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt  
9 Ja-Stimmen  
5 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung**

**zu 5.1.3 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) -  
zum Beschluss über die Fortsetzung der Fördermaßnahme "Soziale  
Stadt" Halle-Neustadt (Vorlagen-Nr. IV/2008/07261)  
Vorlage: IV/2008/07437**

---

**Beschluss:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Vertrag mit der SPI – Soziale Stadt und Land  
Entwicklungsgesellschaft mbH Quartiersmanagement Halle-Neustadt zu verlängern.

**Abstimmungsergebnis:**

**erledigt  
durch Abstimmung des Ergänzungsantrages  
der Stadträte Wolff/Schuh Fraktion NEUES  
FORUM+UNABHÄNGIGE unter TOP 5.1.1**

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat um Abstimmung der geänderten Vorlage:

**zu 5.1 Beschluss über die Fortsetzung der Fördermaßnahme "Soziale Stadt"  
Halle-Neustadt  
Vorlage: IV/2008/07261**

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

**Beschlussvorschlag (in modifizierter Form):**

1. Der Stadtrat beschließt die Fördermaßnahme „Soziale Stadt“ in Halle-Neustadt als Folgemaßnahme der Landesinitiative URBAN 21 Stadtteilzentrum Neustadt fortzusetzen.
2. Der Stadtrat beschließt das Fördergebiet auf die Stadtviertel nördliche Neustadt, südliche Neustadt und westliche Neustadt auszudehnen (Übersichtskarte mit Abgrenzung des Fördergebiets in der Anlage).
3. Der Stadtrat beschließt das Integrierte Handlungskonzept „Soziale Stadt“ – Halle-Neustadt in der anliegenden Fassung als Handlungsrahmen für die Fortsetzung der Fördermaßnahme „Soziale Stadt“ in Halle-Neustadt.
4. Die Umsetzung der Einzelmaßnahmen soll in Abhängigkeit von der Verfügbarkeit der zur Finanzierung notwendigen Fördermittel in den einzelnen Programm- und Haushaltsjahren erfolgen.
5. Für die jeweilige Einzelmaßnahme sind Einzelbeschlüsse gemäß der Hauptsatzung und der Vergabeordnung der Stadt Halle herbeizuführen.
6. Der Stadtrat beschließt die Fortsetzung des Quartiersmanagements bis 31.12.2011, sofern vom Fördermittelgeber die notwendigen Fördermittel bereit gestellt werden, und beauftragt die Verwaltung, mit der Haushaltsplanung 2009 die für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 notwendigen Verpflichtungsermächtigungen bereitzustellen.  
***Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Maßnahme „Fortsetzung des Quartiersmanagements bis 31.12.2011“ im Ausschreibungsverfahren zu vergeben.***

## zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

### zu 6.2 Antrag der CDU-Fraktion zur Wiederaufnahme des Planfeststellungsverfahrens zum Bau der BAB 143 Vorlage: IV/2008/07052

---

Es gab keine Wortmeldungen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabadas** bat um Abstimmung der Vorlage.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**  
**3 Nein-Stimmen**  
**1 Enthaltung**

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat möge beschließen:

Die OB wird beauftragt, gegenüber den zuständigen Stellen nachdrücklich darauf hinzuwirken, dass das Planfeststellungsverfahren zum Bau des nördlichen Teilstücks der BAB 143 so schnell wie möglich aufgenommen werden kann.

## zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten

---

Schriftliche Anfragen von Stadträten lagen nicht vor.

## zu 8 Mitteilungen

---

### **Wahl des neuen Beigeordneten für das Dezernat IV - Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung - im Stadtrat September 2008**

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** teilte mit, dass die Bewerbungsfrist für die Stelle des Beigeordneten für das Dezernat IV am 28. August 2008 endet. Ab 1. September 2008 können die Fraktionen die Bewerbungsunterlagen einsehen.

Damit es im September 2008 zu einem Beschluss kommen kann, schlug sie vor, eine Findungskommission für den 12. September 2008 in der Zeit von 09:00 bis 14:00 Uhr einzuberufen.

Des Weiteren bat sie darum, dass die Fraktionen bis zum 5. September 2008 der Verwaltung mitteilen, welche Vorschläge es von Seiten der Fraktionen gibt, damit diese für den 12. September eingeladen werden können.

Die Mitglieder des Hauptausschusses stimmten dem Terminvorschlag von Frau Oberbürgermeisterin Szabados zu.

### **Halle - eine europäische Stadt**

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** teilte weiterhin mit, dass sie entsprechend der Festlegung in den strategischen Zielen mit dem Staatsminister Rainer Robra Kontakt aufnehmen werde bezüglich der offiziellen Anerkennung der Stadt Halle als „die“ europäische Stadt des Landes Sachsen-Anhalt.

### **Rahmenvereinbarung Partnerschaften Deutschland GmbH (PDG)**

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** informierte, dass der Bund eine Gesellschaft namens Partnerschaft Deutschland GmbH gründen möchte. Gesellschafter sind zu einem überwiegenden Anteil der Bund, verschiedene Länder und die kommunalen Spitzenverbände. Zweck ist die Gründung einer neutralen Beratergesellschaft für PPP-Investitionen. Die Verwaltung möchte nicht als Mitgesellschafter auftreten, aber sich die Option einer kostenlosen Nutzung dieser Beratergesellschaft offen halten. Sie beabsichtige deshalb, den Rahmenvertrag als Nutzer zu unterzeichnen - ebenso wie z. B. Dresden und Duisburg. Rechtliche oder finanzielle Verpflichtungen seien damit ausdrücklich nicht verbunden. Die Stadt Halle kann auf die Beratergesellschaft zurückgreifen, muss es aber nicht.

### **Sachstand Haushalt 2008**

**Herr Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal**, informierte über den Stand des Verwaltungshaushaltes 2008. Er erklärte anhand der ausgereichten Unterlagen das zusätzliche Haushaltsdefizit in Höhe von 13,8 Mio. €.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** ergänzte, dass mit dem Haushalt für das Jahr 2009 die Fortschreibung des Konzeptes zur Haushaltskonsolidierung vorgelegt werde.

**Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE.**, fragte, wann der Haushalt 2009 eingebracht werden soll und welche Auswirkungen die 100 %ige Haushaltssperre auf die Vereine hat.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, fragte nach den Kriterien eines Nachtragshaushaltes. Wäre ein Nachtragshaushalt bei der gegenwärtigen Haushaltssituation nicht erforderlich, auch um die finanziellen Zuschüsse, z. B. für den Stadtsportbund, durch die Kommunalaufsicht genehmigen zu lassen?

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.**, fragte, woher die 3,5 Mio. € aus dem Eigenbetrieb Zentrales Gebäudemanagement (EB ZGM) kommen. Im gestrigen Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften wurde darüber nicht berichtet.

**Herr Wolter, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger**, bemängelte die Form des ausgereichten Informationsmaterials zum Stand des Haushaltes 2008. Er bat um eine Übersicht in Form einer Tabelle. Des Weiteren fragte er nach dem Stand der vorgelegten Zahlen und weshalb die geplanten Zinshilfen nicht in der zugesagten Höhe durch das Ministerium an die Stadt gezahlt werden.

**Herr Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal**, erläuterte, dass bei rechtlich verpflichtenden Vorgängen, bei welchen kein Ermessensspielraum besteht, der jeweilige Beigeordnete zu entscheiden habe. Bei den freiwilligen Leistungen ohne gesetzliche Vorgaben bzw. rechtliche Bindung erfolgt eine Freigabe nur dann, wenn die Unabweisbarkeit nachgewiesen wurde.

Auf die Frage von Herrn Bönisch erklärte er, dass momentan kein Nachtragshaushalt notwendig sei, da keine der Haushaltsstellen um mehr als 2 % überschritten sei. Des Weiteren werden die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften informiert, wenn eine über- und außerplanmäßige Ausgabe im Einzelfall in einer Wertgrenze zwischen 100 T€ bis 500 T€ liegt bzw. überschritten wird.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados und Herr Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal**, stimmten überein, dass man sich auf den Haushalt 2009 konzentrieren sollte und in diesem Zusammenhang über Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen und Strukturmaßnahmen reden müsste. Der Haushaltsplanentwurf für 2009 werde im Oktober 2008 in den Stadtrat eingebracht.

**Herr Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal**, erläuterte weiterhin, dass das Landesverwaltungsamt nur den Gesamthaushalt beurteilt und keine Einzelvorgänge. Außerdem können Zuschüsse an Dritte trotz derzeitiger Haushaltssperre mit einer entsprechenden Begründung der Unabweisbarkeit genehmigt werden.

Im Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften, so Herr Geier weiter, wurde nur auf die definierte Konsolidierungsmaßnahme mit dem EB ZGM Bezug genommen. Dort ging es nur um die Frage, ob die Haushaltskonsolidierung von 2,1 Mio. € erbracht werden können. Die 3,5 Mio. € leiten sich aus dem aktuellen Kassenbestand des EB ZGM ab.

Herr Geier sicherte seine heutigen Darlegungen als Übersicht in Form einer Tabelle zu. Er teilte mit, dass der Stand der vorliegenden Unterlagen vom 20. August 2008 eine Vorprognose zum Ende des Jahres 2008 seien.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** äußerte bezüglich der Zinshilfen, dass die Verwaltung so informiert war. Nach erneuter Überprüfung bzw. Nachfrage wurde mitgeteilt, dass die FAG-Anpassung kommen wird, die Zinshilfe nicht.

### **Dringlichkeitsvorlage - Satzung Saalesparkasse**

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat darum, in der kommenden Stadtratssitzung am 27. August 2008 die Satzung der Saalesparkasse als Dringlichkeitsvorlage auf die Tagesordnung zu nehmen, um die fristgerechte Veröffentlichung im Amtsblatt sicherzustellen. Die Sparkassenaufsicht habe darauf hingewiesen, dass der Tag des Inkrafttretens in der Satzung aufzuführen ist.

### **„Quantensprünge - Highlights der Physik 2008“**

Frau Oberbürgermeisterin Szabados informierte über das Wissenschaftsfestival „Quantensprünge - Highlights der Physik 2008“, welches vom 14. bis 18.09.2008 in Halle stattfindet. Die Stadträte sind zur Eröffnungsveranstaltung am 14.09.2008, 18:00 Uhr in der Händelhalle herzlich eingeladen.

## zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

---

**Frau Ewert, SPD-Fraktion**, kritisierte die Verwaltung, dass sie Erkenntnisse zum Stadionneubau aus der Zeitung erfahren musste. Sie bat die Verwaltung darum, den üblichen Verfahrensweg über die Ausschüsse bzw. den Stadtrat einzuhalten.

Die Verwaltung nahm diese Anmerkung zur Kenntnis und wird zukünftig auf die Einhaltung des Verfahrensweges achten.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, fragte, ob ein beratendes Mitglied in einem Ausschuss die Beschlussfähigkeit feststellen bzw. überprüfen lassen kann.

Hierzu sagte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** eine Prüfung zu.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, informierte über eine Ausstellungseröffnung der Galerie Domplatz. Der dafür vorgesehene Sponsor übernehme die Kosten nicht. Er fragte, ob die Verwaltung darüber informiert sei bzw. wie die Verwaltung damit umgehen werde.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sicherte eine Prüfung zu.

## zu 10 Anregungen

---

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, regte an, die Form von Informationsvorlagen zu überprüfen. Informationsvorlagen sollten als solche behandelt werden und deshalb sei es nicht notwendig, dass der Stadtrat über eine Information abstimmen muss. Es ist keine Beschlussvorlage.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** stimmte dem zu und bat die Beigeordneten, in ihren Dezernaten zukünftig darauf zu achten.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** beendete die 45. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses.

---

Dagmar Szabados  
Oberbürgermeisterin

---

Kraft  
Protokollführerin